

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund)

Redaktion: Berlin SW 49, Wilhelmstr. 114 II. Briefkasten: 22;
Kurfürst 3334 u. 3335. Expedition: Berlin SW 68, Friedrich-
straße 217 II. Verdruck: Amt Lipow 5786. Nachr.-Auslieferung:
Rödermark 144, Gedächtnishof (am Anhalter Bahnhof).

Schriftleitung:
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Abozinsmeinspreis für Deutl. monatlich 1.50 M.
Ausland monatlich 3.00 M.
Tagespreis: die 7 geplattete Monopartie-Zeile 75 Pf.
Kleine Anzeigen: Überschriftenwort 30 Pf., jedes weitere Wort 15 Pf.

Arbeitermetzelei in Oberschlesien. 20 Tote und viele Verwundete in Königshütte.

Maschinengewehre gegen öberschlesische Bergleute.

Königshütte, 3. Januar. Wie der Oberschlesische Kurier meldet, kam es nachmittags 4 Uhr vor dem Gebäude der Berginspektion zu einem Zusammenstoß zwischen streikenden Bergarbeitern und Militär. Im Gebäude der Berginspektion war ein Maschinengewehr aufgestellt. Als einige junge Bergarbeiter den Raum übersteigen und angescheinend die Wache angreifen wollten, wurden aus dem Maschinengewehr zunächst Alarmröhren abgegeben. Ein junger Bursche wollte mit einem Revolver auf das Fenster schiessen, worin sich das Maschinengewehr befand, worauf die Wache mit Maschinengewehren feuerte. Zahlreiche Personen der unter angesammelten Menschen wurden getroffen, bisher sind zwanzig Tote und eine Menge Verwundete festgestellt.

U.S.P.D. gegen die revolutionären Obaleute.

Was wir gestern prophezeiten, ist heute schon eingetreten. Die "Freiheit" wendet sich mit zorniger Hestigkeit gegen die Freiheit der revolutionären Obaleute und Vertrauensmänner. Sie machen Politik auf eigene Faust, das ist ein unmöglich Zustand; derselbe unerträgliche Zustand, den das Verbleiben des Spartakusbundes in der Organisation herbeigeführt hatte; das geht so nicht und wir können die Berliner Arbeiter nur auf das Trüngschiefe worten, sich daran einzulassen; diese Körperschaft (der Obaleute) bedient nicht das politische Vertrauen der Berliner Parteigenossen usw. jetzt das amtliche Organ der U.S.P.D. Und kündigt unverblümmt den Hinauswurf der revolutionären Obaleute und Vertrauensmänner der Partei an.

Zurück, schon heute steht fest, was wir gestern sagten: der Weg, den die Obaleute eingeschlagen haben, kann nicht zum Ziele führen und bedeutet nur die Verlängerung einer qualvollen Situation, aus der es nur einen Ausweg gibt: Vereinigung mit der kommunistischen Partei Deutschlands.

Ein Offiziereraufstand im Gefangenengelager.

W. T. D. meldet: Reihe, 2. Januar. Im Offiziergefangenengelager bestürzten die Offiziere einen befreundeten Russen, zu dessen Niedergewingung Militär aufgeboten werden musste. Auf beiden Seiten hat es Tote und Verwundete gegeben.

Die Meldung ist sehr banal. Was war der Ursprung des Aufstands? Welcher Nationalität sind die Offiziere? Auflösung ist dringend geboten.

Die Lebensmittelkommission in Wien.

Wien, 2. Januar. (W. T. D.) Nochmals trafen die Mitglieder der internationalen Lebensmittelkommission hier ein. Morgen beginnen die Verhandlungen.

Prezburg von Tschechen besetzt.

Budapest, 2. Januar. (W. T. D.) Das ungarische Kriegsministerium um meiste amtlich. Die Tschechen sind am 1. Januar endends in Prezburg eingezogen.

Das neue italienische Kabinett.

Berl. 2. Januar. (W. T. D.) Die Böhrer geben die neue Zusammensetzung des italienischen Kabinetts wieder: Ministerpräsident Orlando, Neugers Sonnino, Krieg Bezzoli, Marine Del Vono, Schatzminister Ritti, Finanzminister Reba, öffentliche Arbeiten Benvenuti, Verkehrsminister Crespi, Transportweisen Villars, Inneres Berenini, Justiz Sacchi, Handel und Industrie Zapelli.

Ein Schleppdampfer verloren.

Cuxhaven, 2. Januar. (W. T. D.) Der Hamburger Geschäftsmann "Möde" des Nordischen Bergungsvereins, der im Dienste der Marine stand und am 29. Dezember darüber berichtete, um sich zur Demobilisierung nach Hamburg zu begeben, ist weiter auf der Elbe eringerichtet, noch hat er ein Schiffsschiff abgegeben. Er dürfte in dem schweren Sturmwellen in der Nacht zum 24. Dezember, das zu einer Sturmflut führte, den Untergang gefunden haben. Zu Bord befanden sich Kapitän, Steuermann, ein Decksmann und ein Matrosenwärter.

Die Aussichten der Revolution in Italien.

Die Frage, ob Italien vor einer revolutionären Erhebung steht, kann nur nach einer eingehenden Prüfung der Umstände, die augenblicklich in diesem Lande herrschen, beantwortet werden. Diese Prüfung wird ergeben, dass für den Ausbruch der Revolution alle Wahrscheinlichkeit spricht.

Italien hat "gesiegt". Aber dieser Sieg des Imperialismus brachte in Italien mehr als in anderen Ländern den Keim des Zusammenbruchs in sich. Das italienische Volk ist ebenso wie das der übrigen kriegsführenden Staaten durch Krieg und Todtag in den Krieg hineingezogen worden. Es kommt aus diesem Kriege, den es angeblich zur Befreiung der kleinen Nationen, zur Vernichtung des preußischen Militarismus geführt hat, mit neuen unerträglichen wirtschaftlichen und militärischen Lasten heraus. Der Friedensschluss bedeutet für Italien nicht den Sieg.

Italien hat nicht nur Triest und das Trentino besetzt, sondern auch Istrien und einzelne Städte Dalmatiens. Es herrscht außerdem in Walona und Albanien; es hält immer noch die griechischen Inseln des Dodekanes besetzt. Der Friedensschluss soll ihm noch bringen: die Besetzung von Adria und seines Hinterlandes in Kleinasien, Grenzerweiterung der Kolonie Tripolis nach Ägypten, Tunis und dem Sudan, sowie die volle Handlungsfreiheit gegen Tessinien, mit dem es den 1897 ungünstig verlaufen Krieg erneut will. In Stelle des Friedens findet das Land so vor sich neue internationale Streitigkeiten und unvermeidliche Konflikte. Kriege mit Völkern, die aus dem Zustand relativer Freiheit durch den "Völkerbefreienden" Krieg unter die Herrschaft Italiens gekommen sind. Die Südalpen, Dalmatiens, die Albanier, die Griechen, die asiatischen Türken, die noch nicht unterworfenen Slämen in Tripolis und Tessinien werden über kurz oder lang gemeinsam oder nach einander gegen die Fremdherrschaft sich empören.

Das ist der "dauerhafte Friede", den die Bourgeoisie Italiens am Tage nach dem siegreichen Kriege dem Volke geben kann: Kriege, die länger und härter als der zu Ende gegangene Weltkrieg von vier Jahren zu werden drohen.

So erscheint heute die vernichtende Wahrheit vor dem italienischen Proletariat: es hat wahnsinnig mehr Grund, sich über den "herzlichen Krieg" des Imperialismus zu beklagen, als sich über ihn zu freuen.

Gleich trotzdem ist die wirtschaftliche Lage. Mit seiner unentwickelten Industrie ist Italien nicht instand, die schweren Kriegskosten zu tragen. Angehender sind die finanziellen Ansprüche, die jetzt an den Staat gestellt werden.

Die Kriegsaufgaben betragen bis jetzt rund 100 Milliarden Lire, die jährliche Staatslast mindestens 6 Milliarden. Die Handelsflotte ist im Kriege fast völlig vernichtet worden, sie muss neu gebaut werden. Das Eisenbahnmateriel muss erneuert werden. Diese Aufgaben allein beanspruchen etwa 3-5 Milliarden.

Der Staat hat weiter nicht nur die hinterbliebenen und Kriegsbeschädigten zu zahlen, er hat auch das verlustreiche besetzte Gebiet — hauptsächlich Venetien — wieder aufzubauen. Ferner sind die annektierten Gebiete zu organisieren, was große Aufgaben für die einzurichtende Civil- und Militärverwaltung erfordert. Alle diese Kosten sind ebenfalls auf mehrere Milliarden zu schätzen.

Die drohenden neuen Kriege werden eine Demobilisierung unmöglich machen, also weitere Rüstungsaufgaben! Auf Hilfe der Alliierten kann Italien im Gegensatz zur Zeit des Weltkrieges bei diesen leichten Kriegen nicht rechnen. Ferner ist bei der elenden Lage der Beamten und Untergesetzten mit heftigen Sozialbewegungen zu rechnen, die den Staat zu Gehaltserschließungen schanzen müssen, um bestensstellen zu können. Damit die Beamten sich nicht der revolutionären Bewegung anschließen.

Sollte es wider Erwarten zur Demobilisierung kommen, so wird eine grauenhafe Arbeitslosigkeit die unvermeidliche

Folge sein. Die Kriegsindustrie, die ohnehin unter viel schwierigeren Umständen als in den anderen Ländern gearbeitet hat, hat heute aufgehört. Die Umstellung der Fabriken auf Friedensproduktion ist bei der unentwickelten Industrie Italiens kaum möglich. So wird der Staat genötigt sein, mehrere Millionen Arbeitslose zu unterstützen.

Aus dieser finanziellen Zerrüttung gibt es für den Staat keinen Ausweg. Selbst wenn man die schon jetzt hohe erträglichen Steuerlasten um das Gehaltsache erhöhen wollte, würde das ganz unzulänglich sein. Nur eines kann helfen: die Annulierung aller Staatschulden und die Enteignung aller Produktionsmittel — was, wie der bürgerliche Staat niemals eingeschlagen kann. Die Bourgeoisie, die sich im Kriege zu bereichern hoffte, wird schließlich doch für seine Folgen einzustehen müssen: sie fällt in die Grube, die sie sich selbst gegraben hat.

Dieser Fall wird um so sicherer kommen, als die leichten Kräfte der Bourgeoisie, die Kriegszeit, zu versagen beginnen. Die italienischen Soldaten haben sich während des ganzen Krieges nur widerwillig geschlagen. Bei der einzigen wirklichen Offensive der Österreicher im Oktober 1917 hat sich das italienische Heer fast völlig aufgelöst. Und die Entscheidung des Feldzuges kam nicht durch einen erfolgreichen Angriff, sondern durch den inneren Zusammenbruch Österreichs, der aber sofort eine Auflösung der italienischen Armee auf der Hochfläche der Sieben Gemeinden bewirkte. So hat der "Siege" keinerlei chauvinistisch, aber nationalistische Begeisterung, wie etwa in Frankreich ausgelöst. Der italienische Soldat hat nur einen Wunsch: möglichst schnell nach Hause zu kommen! Und dieser Wunsch wird durch die zu erwartenden neuen Kriege nur noch verstärkt. Der Versuch der Bourgeoisie, die Soldaten bei der Fahne zu halten, die zurückkehrenden Kriegsgefangenen wieder in die Kaffern zu sperren, muss daher notwendig an der Opposition der Soldaten scheitern.

Zu alledem tritt schließlich die sich ständig steigernde politische Aktion der sozialistischen Partei hinz. Diese Aktion, die schon zu Beginn des Krieges eingefestigt hatte, kommt zunehmend die Massen des italienischen Proletariats für sich. Durch ihre politischen Taktiken, die ihrer revolutionären Käfige durchaus bewusst. Die italienische Partei und ihr Organ, der "Avanti", haben stets die russische bolschewistische Revolution verteidigt und machen heute geschlossen hinter der Spartakusrichtung des deutschen Sozialismus.

Der letzte Parteiung hat denn auch die Sichtung der Partei ihren äußersten Flügel übertragen. Die Parteileitung hat in ihrer letzten Sitzung in Nebereinstimmung mit der Gewerkschaftsleitung ein Aktionsprogramm festgelegt, das unter anderem fordert: die allgemeine Demobilisierung, die Errichtung der Republik, die Rücknahme der italienischen Soldaten aus Russland. Geraet ist zu beachten, dass die Vereinigung der Kriegsbeschädigten, die bisher unter nationalistischer Leitung stand, ihre Solidarität mit der sozialistischen Partei erlost hat, und dass die Vereinigung der Soldatenfamilien, die dauernd Versammlungen abhält, die Rückkehr der Soldaten in die Heimat fordert.

Alle diese Umstände lassen die Hoffnung auf eine bevorstehende Revolution in Italien nicht als vermeilen erscheinen. Sollte aber gar die italienische Bourgeoisie es mögen, die Revolution in Italien oder die beginnende deutsche Sozialistische Revolution mit Waffengewalt zu bekämpfen, dann wird das ganze Staatsgebäude Italiens mit seinem Militarismus in sich zusammenstürzen.

Vielleicht bringen schon die kommenden Tage Nachrichten von Ereignissen, die die Hoffnung bestätigen werden. In revolutionären Epochen tritt der Umschwung meist ganz unvermittelt ein, und wie die Revolution in Deutschland über Nacht ausbrochen ist, so wird sie auch in Italien ganz plötzlich ihre Sturmfauste entfalten. Für jeden Kenner der Geschichte ist das Land "wo die Zitronen blühen", jedenfalls für die Revolution reif, und das ist die Hauptfaz.

F. Misiano

Politische Übersicht.

Die Sprache der Konterrevolution und die Antwort des revolutionären Proletariats.

Im Armeeverordnungsblatt Nr. 71 vom 28. Dezember 1918 wird ein Erlass veröffentlicht, unterzeichnet von Scheidemann und Göhring, der diese niedliche Vorberührung stellt:

"Die im Bereich des Waffen- und Munitionsbeschaffungsbüros von den Arbeitern- und Soldatenräten ihrer Dienststellen entthobenen Offiziere, Beamten usw. haben ihren bisherigen Platz wieder einzunehmen. Vom Waffen- und Munitionsamt neu ernannte sind am Dienstantritt nicht zu hindern. Enthebungen vor der Dienststelle kann nur das Waffen- und Munitionsamt veranlassen."

Die richtige Antwort auf diese Herausforderung hat eine Versammlung der Vertrauensleute der gesamten Spandauer Bevölkerung am 28. Dezember gegeben, die den 30. Dezember in der Jubiläumshalle zu Spandau stattfand. Nachstehende drei Resolutionen wurden nahezu einstimmig angenommen:

1. "Die Vertrauensleute der gesamten Spandauer Staatsbetriebe erklären, daß die Volkshaushalte Gobert, Scheidemann usw. nicht das Vertrauen des arbeitenden Volkes besitzen, und tuhen nicht eher, bis eine dem wahren Interesse des Proletariats entsprechende Regierung an der Spitze der deutschen sozialistischen Republik steht."

2. "Die Versammlung erachtet ausschließlich in der Roten Garde, in der Bewaffnung des Proletariats und der Entwicklung der Ausbeuter eine Garantie, die Revolution zu sichern. Die Versammlung lehnt die Beteiligung an der Nationalversammlung ab und sieht nur in dem System der Arbeiter- und Soldatenräte die Waffe, die Herrschaft des Proletariats durchzuführen."

3. "Die versammelten Arbeiter der W. S. G. beschließen den Arbeiterrat, sofort eine Sitzung der gesamten Arbeiterräte der Staatsbetriebe einzuberufen und unverzüglich über die zu unternehmenden Schritte gegen die bereits eingegangene Gegenrevolution zu unternehmen... Da zu gehört, daß innerhalb der einzelnen Betriebe eine Arbeiterwehr gegründet wird, welche sofort zu den Waffen, die in dem Betriebe lagern, Zutritt haben müssen. Erst dann halten sie ein sofortiges Niederschlagen der Gegenrevolution für möglich. Sollen die Führer sich weigern, diese Beschlüsse zur Durchführung zu bringen, so verpflichten sich die Kollegen, selbst, ohne die Führer, die Befreiung in die Hand zu nehmen und innerhalb Großberlins mit allen Kräften dahin zu wirken, daß dieselben zur Durchführung kommen. Alle bis jetzt getroffenen Maßnahmen halten die Kollegen nicht für geeignet, die Gegenrevolution niederzuwalzen. Die Kollegen verpflichten sich, Ruhe und Disziplin zu wahren, aber wenn bis Dienstagabend keine Entscheidung getroffen ist, in diesem Sinne selbständig zu handeln."

Die Versammlung wählte schließlich aus ihrer Mitte drei Vertreter, die dem "Vorwärts" die Resolutionen zur Veröffentlichung überbringen sollten. Natürlich hat das edle Organ die Veröffentlichung unterlassen.

Ein Schwanengesang.

Berlin, 9. Januar. (Amtlich) (R. E. B.) Maren angeht der langen Dauer des Krieges und der damit notwendig verbundenen Verkürzung aller Lebensverhältnisse die Löhne der Arbeiterschaft von Jahr zu Jahr nicht ohne Grund erheblich gestiegen, so haben sie in neuester Zeit auf Drängen der Arbeiter vielerorts eine Höhe erreicht, deren weitere Steigerung nicht mehr mit der herrschenden Tendenz gerechtfertigt werden kann. Zu solchen Löhnen kann nunbringende Arbeit nicht mehr geleistet werden, vielmehr muß das gesamte Wirtschaftsleben zum Erliegen kommen. Dadurch aber würde die Not des schwergeprüften Vaterlandes ins Grenzenlose wachsen und ein Elend entstehen, unter dem die Arbeiterschaft seines am meisten leiden würde. Die Preußische Regierung, des Ernstes der Lage sich voll bewußt, hat sich daher veranlaßt gefangen, folgende Verordnung zu erlassen:

Die Lohnbewegung unter der Arbeiterschaft hat in letzter Zeit nach Art und Umfang eine Entwicklung genommen, die die schwersten Beschränkungen erwidern und viele Gebiete der Gütererzeugung zum Erliegen bringen mög. Die heiligen Werte, aber unvermeidliche Folge davon kann nur Arbeitslosigkeit, Hunger und Elend sein. Die Betriebe des Staates unterliegen in dieser Beziehung den gleichen wirtschaftlichen Bedingungen wie die privaten. Weder Bergbau und Eisenbahn noch alle übrigen Staatsbetriebe können es längere Zeit ertragen, daß ihre Ausgaben die Einnahmen übersteigen. Diese Gefahr ist aber bereits in bedrohlichem Maße eingetreten. Es wird deshalb zur geheimeren Wiss. der Staatsregierung, dem Anwachsen der Lohnausgaben über das Maß des Erforderns hinweg mit Haltung entgegenzutreten. Die Herren Finanzminister werden daher erachtet, an die herantretende Lohnforderungen zwar in voller Würdigung der jetzigen Bedürfnisse der Arbeiterschaft, aber auch sorgfältig darauf hinzu prüfen, ob nicht durch die Billigung derselben in Frage kommenden Betrieben Kosten aufgelegt werden, die sie nicht ertragen können, ohne zu erliegen, und die somit die gesamte Finanzgebarung des Staates gefährden. In diesem Falle sind die Forderungen zurückzuweisen.

Berlin, den 2. Januar 1919.

Die Preußische Regierung.

Herrn. Stössel, Braun, Ernst, Adolf Hoffmann.

Dieser Erlass ist der Schwanengesang der preußischen Regierung in ihrer bisherigen Zusammensetzung und der Stössel, Adolf Hoffmann, Kurt Rosenfeld als Sozialdemokraten. Nun im Stile der Siegessiegerin aus Rhein-

land-Westfalen wird hier gekämpft. Die "Zachminister" bei ihrer erprobten Arbeitersfeindlichkeit werden den Wind zwischen und bald werden die Eisenbahn- und anderen Arbeiter unter der "sozialistischen Regierung" seitlich sein, wie sie unter Gruppe waren.

Der Erlass hat wenigstens ein Gutes. Viele Freien werden den scheidenten Ministern nicht nachgewiesen werden. Der Abschiedsjüngling ist kein geworden, wenigstens auf Seiten der "Regierung".

Zur Vorbereitung des Weihnachtspatentes.

In der Zeitung des Sozialpatrioten Gustav Herde, "La Victoire", befindet sich am 24. Dezember folgende sehr seltene Notiz:

Berlin, den 23. Dezember 1918. Der General Groener, der vom Großen Hauptquartier zu den sechs Volksbeauftragten geschickt worden ist, hat diese wissen lassen, daß der Marshall Hindenburg und der Generalissimus die Wiederaufnahme des Wirtschaftslebens nicht aufhalten, damit die Ordnung erhalten bleibt. Man schaft die Armee, die augenscheinlich bei Berlin und Potsdam vereinigt ist, auf mehr als 100 000 Mann. Sie heißt streng Disziplin und steht unter den Frontoffizieren.

hat den Befehlen der Regierung über Scheidemann zu gehorchen und sie zu unterstützen, aber nur unter der Bedingung, daß diese Regierung selbst fest entschlossen ist gegen die Unordnung anzukämpfen.

Diese Nachricht, deren Quelle nicht angegeben ist, stammt, wohlgemerkt, vom 23. Dezember. Sie ist offenbar vom Deutschen Auswärtigen Amt in die neutrale Presse lanciert worden, um die öffentliche Meinung auf den von General Lequias und vom Kriegsministerium beabsichtigten Marsch vorzubereiten. Die Gegenrevolutionäre lauerten auf die erste Gelegenheit, die ihnen Anlaß zum Niederschlagen der Revolution geben würden, und sie suchten diese Gelegenheit schon am folgenden Tage, als sie früh aller mit den Matrosen abgeschlossenen Verträge Schloß und Marstall bombardieren ließen.

Neues von Eberts General.

Vor einigen Tagen haben wir berichtet, daß in den Alten des Kriegsministers über die Übergriffe von deutschen Truppen im besetzten Gebiet auch der Name des Nachfolgers des Generals Lequias, Freiherr von Lütwitz, Kommandierenden Generals des 3. U.-A. vor kommt. Wie und weiter berichtet wird, hat dieser Herr nämlich drei Mann preußischen Leinen-Sternbort im Felde und seiner Heimat Darmstadt hin- und herreisen lassen. Die Soldaten waren mit dem beschäftigt, Palen und Säulen für ihn nach Hause zu befördern. Bei einer Untersuchung werden diese Soldaten angeben können, was in den Paläten enthalten war. Nach den bei dem Generalkommando des 3. U.-A. tretenden Gerichten waren es außer großen Mengen Lebensmitteln auch Kunstsgegenstände aus den Schlössern, die der Stadtvorstand bewohnte. In Festen, einem unbewohnten Ort mit Schloß, ist ein nicht allzu großer Wertpaket von Herrn Ludwig selbst auf 1500 Mark geschätzt worden. Eine Veröffentlichung der Untersuchungsaufnahmen muß erwartet dringend gefordert werden.

Ein englisches Werbedisko für deutsche Offiziere.

Ein Werbedisconto für deutsche Offiziere ist in der holländischen Gesellschaft, die während des Krieges die englischen Interessen in Deutschland vertreten hat, eröffnet worden. Das Werbedisconto befindet sich in den Räumen der ehemaligen englischen Botschaft, Wilhelmstraße 70. Dasselbe werden die Offiziere für den englischen Kolonialdienst anwerben. Der Zustrom der Bewerber war verärgerlich, daß schon nach wenigen Tagen keine neuen Anmeldungen mehr angenommen werden konnten.

Der deutsche Offizier als englischer Landstreitkämpfer. Daher sind wohl über diese Kasse die Würfel geworfen.

Nochmals die "vergessenen" Buchthäuser.

In der "Freiheit" vom 26. Dezember lesen wir die folgende Berichtigung:

In der heutigen Nummer der "Roten Fahne" wird der Generalleutnant Curt Rosenfeld als preußischer Justizminister dafür verantwortlich gemacht, daß noch heute 76 Personen, die ausdrücklich als militärische Gefangene bezeichnet sind, im Buchthaus zu Brandenburg befinden. Zugleich "die 76 Gefangene" sollte wissen, daß militärische Gefangene nicht der preußischen Justiz unterstellt werden, sondern den Militärstrafkammern unterstehen, während auf Veranlassung des Großen Curt Rosenfeld nicht entlassen werden können.

Diese "Berichtigung" ist blauer Dunst. Auch der Justizminister Curt Rosenfeld sollte wissen, daß militärische Gefangene, die zu Buchthaus verurteilt sind, dadurch schon aus dem Heere ausgeschieden und nicht militärisch bestimmt, sondern der Justizverwaltung unterstehen.

Bei derselben Sache spricht uns Genosse Pfaffenbach, der vom Kriegsminister mit der Untersuchung der Militärgefangenen betraut worden ist:

„Vor etwa 8 Wochen haben wir dem Kriegsministerium das gesetzliche Material gezeigt, die Militärgefangenen befinden sich aber noch heute im Buchthaus. Der Direktor des Buchthaus stand in Rommen, der Sozialminister zu Flensburg, erhalten täglich Briefe von Freunden, ja drohenden Gefahren. Teils sind die Abhänger Verwandte der Gefangenen, teils sind es die Soldaten des Reichsheeres. Ja, es sind schon bandenweise Ausrüstungen von Soldaten dort erhalten, die die Freilage der Gefangenen vorbereiten. Der Direktor erklärte dagegenüber, daß er vor der Staatsanwaltschaft (Steitlin) direkte Anklage hätte, nur auf ihre Verhandlung freizulassen. Daran müsse er sich halten.“

Nun ist es sonderbar, daß eine Sozialdemokratie nur dem Kriegsminister und nicht dem Justizminister unterschreibt seine Freiheit. Da steht ich auf dem Standpunkt, daß in der sozialistischen Republik Deutschland das Justizministerium maßgebende Stelle ist, die auch die Amnestie für militärische Gefangene herauszugeben hat. Es sind in Wirklichkeit auch 92 Gefangene, die noch für die Kriminelle in Freize kommen. Dann wenn ein Solcher sich vor der Krippe entfern will und zu diesem Zweck sich überredet, die er gebracht, militärisch oder sich einen falschen Urteilsschein ausstellt, daß er zu leicht flieht benötigt, so müssen auch solche Fälle berücksichtigt werden, was sicher nicht in Frage steht, außer dem 76 eben genannten noch 16. – Zumal an dieser Verhältnis ist die offizielle preußisch-bürokratische Auffassung, die nicht nur beim Justizministerium, sondern auch in allen anderen Ämtern Appell möglich ist, und durch die Regierung Ober-Scheidemann natürlich gestärkt wird. Es kann noch rechtzeitige, triftigste Schilder des verdeckten Deutschland

in den verantwortlichen Stellen liegen und nach ihrem Ermeessen die Gesetz veranlagter Hände schaffen und tunken dürfen, dürfen wir auf eine Amnestie im sozialistischen Sinne nicht rechnen.“

Über den preußischen Kriegsminister gestolpert.

Das R. E. B. teilte zusammen mit dem Magdeburger Kriegsministers Schießl des württembergischen Oberst Steinhardt seinen Namen.

Wie wir aus der Rücktrittserklärung der U. S. P. Mitglieder des preußischen Kabinetts an den Dienstanzug ersehen, wurde ihnen dieser Oberst einfach vorgezeigt, mit dem Bedenken, der Zentralrat habe mit ihm verhandelt und er habe eine schriftliche programmatische Erklärung abgegeben. Diese Erklärung sollt ihr Kollegen in Spe befreien die preußischen Minister nicht zu sehen und Stössel, Adolf Hoffmann, Rosenfeld, W. E. B., Paul Hoffmann, Höller und Simon erklären ihren Rücktritt. Der Rücktritt der unabhängigen preußischen Staatsminister vollzieht sich genau nach Schema Haase und Rosenthal. Er macht sich nicht weniger vorsichtig als dieser.

Neue Anschläge der Regierung gegen die Marine-Division.

Es wird uns mitgeteilt, daß der neue Volkbeauftragte Noske, bisher Gouverneur in Kiel, am Dienstag vormittag in der Wachstube im Marstall erschien. Dort versuchte er sich durch liebenswürdige Redensarten in das Vertrauen der Matrosen einzuschleichen. Es wurde ihm aber gleich klipp und klar erklärt, daß er auf das Vertrauen der Matrosen nicht rechnen kann; denn die Regierung, in die er eingetreten sei, sei mit dem Blute des eigenen Volkes, der eigenen Kameraden beschmiert. Seine Tätigkeit in Kiel sei auch nur arbeiterfeindlich gewesen.

Jerner wies man Herrn Noske auch auf die ihm feindliche Stimmung in Wilhelmshaven hin.

Von Kamaraden der Volksmarine, Sicherheitswehr, revolutionäre Soldaten und Arbeiter die Augen auf. Mehr noch als bisher gilt es, auf dem Posten zu sein, um die gegenrevolutionären Pläne dieser arbeiterfeindlichen Regierung zunächst zu machen.

Diese Pläne sind schon klar zu erkennen. Herr Noske's Aufgabe ist es, den gescheiterten Plan der Ebert-Scheidemann gegen die Volksmarine in einer etwas anderen Form durchzuführen: die jüngsten Jünglinge der Division sollen entlassen oder zu ihren Frei-Krieger-Teilen abgeschoben werden; weiter soll die Befreiung des Marstalls abwechselnd durch andere Truppen erfolgen, bis es dann eines Tages heißt: der oder jener Truppenteil bleibt ständig im Marstall. Auf diese Weise glaubt man die Marinestation „geräuschos“ und um so sicherer nicht nur aus dem Marstall sondern auch aus Berlin hinauszubekommen.

Gleichzeitig soll der Polizeipräsident bestigt werden, damit die Sicherheitswehr, die im Verein mit der revolutionären Arbeiterschaft den Matrosen die erste Unterstützung gebracht, „umgesetzt“ werden kann. Dann werden wir erleben, daß für diejenigen, die sich für die Vorkämpfer der Revolution, die Volksmarine, am Weihnachtsfestabend in die Schanze geschlagen haben, kein Bedarf mehr vorhanden sein wird.

Deshalb, Kameraden von der Volksmarine, Sicherheitswehr und revolutionäre Arbeiterschaft: die Augen auf!

Hindenburg in Miniatuur.

Man erinnert sich, daß der frühere Oberst Richard Göhring, Strategie der sozialdemokratischen Partei während des Krieges, vier Jahre lang den dümmsten militärischen Stoff zur Verherrlichung Hindenburgs, Hindendorff usw. den Arbeitern schmackhaft gemacht hat. Unter all den Leuten, die über strategische Lügen schrieben, ist kaum einer, der sich von Anfang bis zu Ende so unsterblich blamiert hat wie Strategie Göhring. Jüngstes Beispiel ist sich von seinem Cannae wieder erholt zu haben. Nun, als wäre nichts geschehen, erscheint unser Hindenburg in Miniatuur wieder auf dem Schlachtfeld und entmischt seinem Staatsoberhaupt die "strategische Notwendigkeit" — die Stadt Posen wieder zu ergreifen.

Wenn die Göhring wieder Morgensunni wittern, dann können sie Scheidemann gratulieren!

Aus der Internationale.

Brief aus Stockholm.

Stockholm, den 22. Dez. 1918.
Sobald die Negoziation der deutschen Arbeiter beendet wurde, erschien die schwedischen Link-Sozialisten ein Monat, waren zur gemeinsamen Aktion für die Erhebung geruht und aufgerufen worden — und der Justizminister Öhrman erklärte auch früher in einer öffentlichen Rede an, daß diese Aktion am nächsten Sonntag in der Versammlung der Regierung in der Versammlungsfrage war.

Um speziellen Aufschluß an den der Regierungsrat vertrauen wurde, war Branting der Vorsitzende. Er fürchtete die Link-Sozialisten, und durch Erhöhung des Altersbezugs, in gewissen Fällen bis zu 2 Jahren, entzog er — mit Hilfe der Rödel — dieser Partei mehr als eine halbe Million Wähler, was zunächst in der Neuwahlgegend offen erkannt wird. Daher ist auch die Linkspartei-Landesleitung entschlossen — besonders da die Anstellung der ersten Kämmer und die Durchführung der Republik abgelehnt wurde — die Aktion fortzusetzen, auch mit außerparlamentarischen Mitteln, weshalb der Kampf noch nicht zu Ende ist.

In diesem Zusammenhang kann indessen erwähnt werden, daß unter den jüngsten Arbeitern, die am härtesten von diesen nach der Neuwahlzeit bestimmt werden, die Erhöhung ungeheuer ist. Branting wird in sehr entsetzlichen Werten gestellt und eine gemeinsame Aktion der linksozialistischen Gruppen ist daher aufzustande gebracht. Branting vorzüglich arbeitete die sozialdemokratische Linkspartei, die Zentralorganisation der Arbeiterschaften, die Jungsozialistische Partei, der Jugendbund der Sozialdemokratie, die Arbeiter- und Soldaten- und Arbeiterschaft mit einem gemeinsamen Aktionärsomitee, und seitdem die schwedische Kapitulation bestand und inzwischen wurde, hat sie sich auch für künftige Arbeiterschaften konstituiert, als ein Gemeinschaft gegen die Reaktion — nicht zum wenigsten seitens der Rechtssozialisten.

Ein Monat wurde unmittelbar vor den Abreisen die Arbeitern erlassen, worin entschieden wurde, daß die Arbeiter Schweden nicht besiegt und kapituliert. Das sind die rechtssozialistischen Führer. Die Arbeiterschaften sind seit zum Komitee bereit und wissen, daß der Sieg

kommen wird. Zeit aber muß auch nach dem, was geschehen ist, ihnen klar sein, daß eine neue Taktik, neue Kampfmittel benutzt werden müssen. Nicht Konsensmärschen mit därgelichen Parteien, nicht allseitige Kompromisse mit Rechtsparteien, sondern nur die Sammlung der Arbeiterschaft für die wahren sozialistischen Ziele und der freie Friede, den Sinn des Klassenkampfes zu geben, kann zum Erfolg führen. Dabei wird nicht zum wenigen beachtet werden, daß die ökonomischen und sozialistischen Fragen, das heißt vor allem für die Befreiung der ganzen Bevölkerung, in den Vordergrund gestellt werden und nicht wie bisher abgelenkt für rein parlamentarisch-politische Fragen.

Eine nicht weniger schändliche Hoffnungslosigkeit als der Generalschach Perret rief auch der Druck mit Wulsdorff herbei, unglücklich infolge Drucks seitens der französischen Regierung, aber nicht deswegen, sondern verantwortlich für alle, die mit den Linken-Sozialisten übereinstimmen.

Die Frontlinien Offiziere, welche ihre Selbstständigkeit um den Preis des Abkommenwillens mit den Bürgerlichen verloren haben, finden kein Wort des Tadels für diesen aussichtslosen Schritt. Sie sehen unentwegt ihre Lügenhefe gegen die Soldatenwesen fort, die auf alle möglichen Arten aus ihren Reihen wohlen schweden und den Heimatheldentum zerstören.

Die Sinnen sind freilich in dieser Hinsicht am ratschläglossten aufgetreten, aber auch die überlieferten "Demokraten" Schröders, welche sich's wohlgut im Ehrenplatz bequem machen, wüssten wie toll gegen Soviet-Russland. Die Linken-Sozialisten protestieren in gewaltigen Versammlungen über das ganze Land; die Regierungs-gewand unter Branting schweigt indessen wie ein Grab.

So weit ist es gekommen.

Wijren Räume

Der Hocherrat an den deutschen Ost-Truppen.

Die Erzbergersehe Waffenstillstandskommission veröffentlicht durch das W. T. B. eine Mitteilung über die Tätigkeit der Obersten Heeresleitung in Bezug auf die Osttruppen. Die Mitteilung lautet (die Auszeichnungen röhren von uns her):

Berlin, 2. Januar. Die Deutsche Waffenstillstandskommission teilt mit: Anlässlich der unerhörten Vergewaltigung, der die deutschen Truppen im Osten unterworfen werden sollen, hat nach den übereinstimmenden Kundgebungen der Reichsregierung und der Waffenstillstandskommission nunmehr auch die deutsche Oberste Heeresleitung in Spa anständlich erklären lassen:

1. Artikel 12 und Artikel 13 des Waffenstillstandabkommen fordern ursprünglich sofortige Zurückziehung der deutschen Truppen im Osten. Auf die deutsche Unregung, welche im deutschen Kaiserreich wie in dem der Allgemeinheit erfolgte, wurde der Marschau geändert. Deutschland sollte damit nicht die Verpflichtung übernommen, im Osten für Ordnung zu sorgen, sondern lediglich die Berechtigung erhalten, es sich admissibel zu räumen.

2. Das Oberkommando der Alliierten hat offenbar anfanglich diese Aussöhnung geteilt. Das Oberkommando hatte sonst Einspruch erhoben, als Deutschland die bereits eingeleitete Rückführung der Armee mitreichte und zur Beleidigung dieser Rückführung die Freigabe des Seeweges Sewastopol-Odessa be-drohte. Von vorheriger Ansicht war damals nicht die Rede.

3. Die von Deutschland freiwillig übernommene Ausgabe, im Osten für Ordnung zu sorgen, wurde erfüllt, solange dies möglich war. Der Rückmarsch wurde erst angeordnet, als sich die deutschen Truppen zu schwach und leiser auch zu unüberläßig erwiesen. Die Alliierten wurden hierzu ununterrichtet. Schriftliche Erklärung vom 8. 12. 1918 und mündliche Erklärung in Trier am 23. 12. 1918.

4. Nachdem im Vertrag darüberworben war, daß die deutschen Truppen möglichst lange im Osten verbleiben sollten, mußte erwartet werden, daß die Alliierten, wenn sie wirklich Wert darauf legten, die kleinen Völker des Ostens zu schützen, die Deutschen nicht geradezu verhindern, ihre Aufgabe durchzuführen. Dies ist aber tatsächlich der Fall gewesen.

Die Alliierten erschöpften sich jetzt zwar solidarisch mit der polnischen Regierung, sie haben aber zum Beispiel nicht zu verhindern versucht, daß die Polen die Eisenbahnen nach Deutschland einzunehmen und damit die Lebensmöglichkeit der deutschen Truppen unterbinden. Aber wenn die Deutschen in der Ukraine kämpfen sollten, so müßten sie Waffen, Munition, Vorräte haben. Man dürfte sie ihnen nicht, wie dies zum Beispiel in Odessa geschehen ist, zum großen Teil wegnnehmen.

Durch ihre eigene Handlungsspielraum haben somit die Alliierten das vor ihnen geplante Verbleiben der deutschen Truppen in den besetzten Gebieten des Ostens selbst in hohen Maße eingeschränkt.

5. Es kann keinen Zweifel unterliegen, daß die Deutsche Oberste Heeresleitung berechnigt war, zu erwarten, daß den im Einvernehmen mit den Alliierten im Osten verbliebenen Truppen selbstverständlich eine ehrenvolle Rückkehr mit Waffen nicht verwehrt würde. Sie hat ausdrücklich am 29. 11. 18 am Bevorzugung ihrer Aussöhnung erüchtet, die dem Sinn des Waffenstillstandes, dem natürlichen Rechtsmaß und dem militärischen Gefühl in gleicher Weise entspricht.

6. Eindeutig wird ferner daraus hingenommen, daß durch die von den Alliierten anstrengend hochdrückende anwürdigende Behandlung der deutschen Truppen die Gefahr des Abschneidens für die östlichen Länder außerordentlich gesteigert würde, nicht zum wenigsten für Polen, wo sozialdemokratische Ideen weit verbreitet sind und keinen Widerstand wie in einem selbständigen Staat finden.

7. Schließlich muß betont werden, daß die Deutschen, die geworben werden würden, waffenlos das von feindlichen Agitatoren verherrlichte Land, das einer strengen Regierung ganzheitlich entbehrt, zu durchziehen, schwierig in Winterzeit dem Mann und Frau aufzuhelfen wären. Die bisherigen Erfahrungen reden hierin eine deutliche Sprache. Es kann nicht Absicht der Alliierten sein, hier weitere Gewalt hervorzurufen.

8. Die deutsche Oberste Heeresleitung erwartet daher, daß in Anerkennung der vorgebrachten Gründe eine würdige Lösung für die Rückkehr der deutschen Truppen aus dem Osten gefunden wird.

Diese Erklärung der Obersten Heeresleitung ist das stärkste, was bisher an gegenrevolutionärer Deklamation geleistet wurde. Sie stellt wiederum fest:

1. Die deutschen Truppen im Osten konnten mit Erlaubnis der Entente sofort nach Hause kehren.

2. Erst "deutsche Anregung", das heißt Erzberger und seine militärischen Berater, hat freiwillig der Entente diese Truppen als gegenrevolutionäre Kontrahenten unterstellt.

3. Die Oberste Heeresleitung besitzt die Schamlosigkeit, die deutschen Soldaten bei der Entente anzuladen, daß sie sich als "zu unverlässig" für gegenrevolutionäre Missbrauch erwiesen haben.

4. Die deutschen Unterhändler verpflichteten sich vertraglich, die Monarchen möglichst lange im Osten zu halten.

5. Die Oberste Heeresleitung beläßt sich bei der Entente, daß die deutschen Truppen in der Ukraine nicht genügend mit Waffen, Munition und Vorräten ausgerüstet seien.

6. Der Höhepunkt ist Punkt 5: Direktes Ersuchen der Obersten Heeresleitung an die Entente um Waffen für die deutschen Osttruppen, angeblich, um ihre Rückkehr zu sichern, tatsächlich um der O. H. ein Instrument der Gegenrevolution in die Hand zu spielen.

Diese offizielle Schamlosigkeit wäre nicht möglich, wenn die O. H. sich nicht der Rückendeckung durch die Ebert-Regierung sicher fühlt.

Die Fassung dieser Erklärung deutet auf ein Spiel mit verteilten Rollen zwischen O. H. und Erzberger einseitig, den Kriegseriegern andererseits, ein Spiel, bei dem die deutschen Unterhändler die Initiativrechte haben.

Die deutschen Soldaten stehen vor der Frage: Wie lange werden sie noch ein Offizierskorps und ihre Spize, die O. H., dulden, die sie auf offenem Markt als Schachziech für die Gegenrevolution der Entente und den baltischen Junkern ansehen.

Und wie lange noch wird das deutsche Proletariat die Regierung ertragen, die dieses internationale gegenrevolutionäre Komplott am hellen Lichten Tag auszuführt?

Aus den A.- und S.-Räten.

Gegenrevolutionäre Propaganda.

Berlin, 21. Dezember.

Ein Mattofer berichtet uns:

Am 20. 12. 18 wurde das Garde-Gefüllerbataillon zum Antreten kommandiert. Befehlster Anzug (Feldmäuse) war beobachtet.

Man trat im Birec an. Die Chargierten, an Zahl die Mannschaften wohl überwiegender, verteilten sich "unter dem Bill", Soldatenrat und Offiziere standen in der Mitte. Dann kam eine "politische Ausführung". Auch der Oberstleutnant, die Kommandogruppe und die weiße Soldatenratsbinde am Arm, trat auf. Er sprach u. a. darüber, daß Gründer auf der Straße, obwohl weißlich gegen die Mattofer und "Spartalisten" gekämpft, und gegen die jetzt stehenden Arbeitersoldaten gemacht und gefragt, man müsse sich gegen diese bewaffnet befreihalten. Natürlich empfanden die Herren Offiziere, man sollte sich hinter Evert stellen". Die Abstimmung in Gegenwart der Mattofergewaltigen fiel natürlich entsprechend aus. Wahre acht Männer hatten den Mut, bei der Gegenprobe die Hand zu erheben. Sie mußten links herumtreten und sonnen, eingeschüchtert und von den verdeckten Kommeraden mit Prügeln bedroht, ihren Standpunkt nicht in gesetzender Weise vertreten. Als aber die Verhandlung aus war, da schauten sich viele Kommeraden verdutzt und bestohnt an und merkten, wie sie von den Offizieren überwunpelt worden waren.

Die jungen Jahrgänge fordern ihre Entlassung.

In der Wochenerkenntnis, Chausseestraße, tagt am 30. 12. 19 eine Protestversammlung der Jahrgänge 98-99 des 3. Garde-Feldartillerie-Bataillons und der Gardefüsilier-Kavallerie (Mattofer).

Man hatte dort versucht, teils die jungen Jahrgänge gewaltsam zum "streitwilligen" "Grenschub" zu abzuführen, teils jüngere Männer in Berlin wohnhafte Kommeraden zu gewalttätigen Truppenmeuten zu versetzen. Realistische Soldatenräte unterstützten diese Vorgänge.

Einmütig vertrat die Versammlung den Standpunkt, daß die meisten jungen Soldatenräte das Vertrauen der revolutionären Generation nicht verdienen. Schon angegriffen werden, auch die konturrevolutionären Mattofer, welche die Regelung Ebert-Zeidlermann. Es sprachen Kommeraden beider Truppenteile, Vertreter des roten Soldatenrates und der Volkmarinierdivision unter kürzlichem Beifall. In einer Resolution erklärten sich die Jahrgänge 98-99 solidarisch mit der Volkmarinierdivision und drückten ihre Sympathie aus. Soeben gewählte Delegierte überbrachten dem Zentralrat folgende Forderungen:

1. Zu Sicherung, daß alle Berliner bei ihren heimischen Truppen verbleiben.

2. Sofortige Entlassung aller Jahrgänge, einschließlich 98-99.

3. Abhebung sämtlicher Berliner Soldatenräte und sofortige Neuwahl nach vor der Wahl des Stadtkommandanten.

4. Alle hier nicht beklammerten Truppen sind sofort ihren Heimatgruppenzwecken zuzuführen und zu entlassen.

In solchen Verhandlungen, die nicht unter dem Einfluß der Mattofer stehen, kommt die wahre Stimmung der Soldaten zum Ausdruck.

Soldatenrat für Auslandstruppen.

Zum 3. Januar hat der "Soldatenrat für Auslandstruppen" eine Beschönigung für ehemalige Gefangenschaft erarbeitet. Kommeraden einberufen. Dieser Soldatenrat hat die Absichten, daß man und die Mattofer dazu soll noch in Gefangenhaft befindlichen Kommeraden zu bestehen. Dazu fordert er die ehemaligen Auslandskämpfer und Gefangenen auf, sich dem Ausland anzuschließen, um bei der Regierung mit folgender einstimmig angenommener Resolution Wero einzutreten gegen die vorhandenen Missstände und dementsprechend Befreiung zu verlangen:

1. Auszahlung der mobilen Waffen und Unterstützung durch Förderer und Wirtschaftsgruppe (speziell für russische Gefangenen) durch Mittel.

2. Aufklärung durch Flugblätter aller in Deutschland befindender Parteien in russischer und sozialistischer Partei. Die einzelnen Kommeraden sollen über ihre politische Gesinnung selbst entscheiden, ob sie der russischen und sozialistischen Flugblätter, die ihnen ebenfalls durch die einzelnen Kommeraden zugewiesen werden, folgen. Sofern sie sonst selbstständig über die Teilnahme ja und wider die Revolution entscheiden.

3. Mission der deutschen Kommeraden in Polen und Rumänien, wie bestmöglich zum Ausbau der sozialistischen Bewegung zu verhelfen, das heißt bar hängen zu werden, das heißt zu leben.

Der A. und S.-Rat Westfälisches gegen den Oberbefehlshaber.

Der Oberbefehlshaber des Arbeiter- und Soldatenrats.

Arbeiter- und Soldatenrat abgesetzt werden, weil seine Anhänger mit der neuen Regierung nicht übereinstimmen, wegen Nichtfüllung gewisser Verpflichtungen und weil er es nicht verstanden habe, Wirtschaft und Künste als Soldatenrates seit dem 9. November zu haben.

Parteinachrichten.

Gewerkschaft in Bremen.

Auch im Wupperthal machte die Spartakusgruppe. Am Sonntag, den 24. Dezember, fand im Saale der Bremischen Stadthalle eine von Soldatenrat und der Militärmutter einberufene Versammlung der U. S. P. statt. Der Redner, Genosse Echardt, Berlin, sprach über "Proletariat und Nationalversammlung"; er sah die Notwendigkeit der Nationalversammlung darin. In der Diskussion sprach vor der Spartakusgruppe Genosse Renger. Er regte mit den Wirtschaftsgruppen gründlich zusammen, um sie mit der Berliner Volksgruppe zusammen zu setzen, und mit der kommunistischen Politik der U. S. P. ging er stark ins Gericht. Darauf forderte der Renger auf, am Tage der Wahl Arbeiterräte zu wählen und alle Macht dem Arbeiter- und Soldatenrat zu übertragen.

Am Schlus wurde eine Resolution angenommen, in welcher die Sozialisierung der dazu reisen Betriebe gefordert und die U. S. P. zu unterstützen gelobt wurde.

Doch die ganze Versammlung stand unter dem Geiste des Verfalls der U. S. P. Sie war im Grunde ein selber Sinn der Spartakusgruppe. Wenn die Scheidung noch nicht vorgenommen wurde, so lag das an äußeren Umständen. Daß die Spartakusgruppe hierfür vorbereitet sei, zeigte deutlich die am Tage darauf stattfindende Versammlung der Hochmannschaften. Die Wache des Arbeiterrates soll entlassen werden. Der Arbeiterrat gibt die Stütze seiner Macht aus der Hand. Die Redner der Spartakusgruppe protestierten gegen dieses Vorgehen und forderten Entlassung der Schuhmagnaten und aller gegenrevolutionären Elemente aus der Stadtverwaltung. Einmaligem Protestzuge demonstrierten die Arbeiternachrichten für ihre Forderungen: "Weibehaltung der Weichen des Proletariats" und "Alle Macht dem Arbeiter- und Soldatenrat".

Um Gewerkschaftshaus sprach einer unserer Genossen und forderte Verstärkung mit den Proletarien Russlands und Kleinfamilien dem feindlichen Kapitalismus. Mit einem Raus auf das internationale Proletariat und die Weltrevolution schloß die Kundgebung.

Der Streik der Kellner.

Die bürgerliche Presse bringt noch immer eisengleiche Berichte über die angeblichen Ausschreitungen der streikenden Kellner. Dabei handelt es sich um ganz graue Lügen und sowieso den Schlußungen überhaupt tatsächlichen zugrunde liegen — um Überreibungen oder Verbrechungen. Wenn es z. B. im Hotel Wilson zu handgreiflichen Leidenschaften gekommen ist, so ist das auf den Wegen, weil einer der anwesenden Gäste rief, man solle die Kumpen hinausschmeißen. Mit dieser beschimpfenden Verherrigung waren bis im Lokal anwesenden Streikenden gemeint, die natürlich über eine solche Verherrigung erbittert wurden. Die Gäste bei Wilson haben ja in der Regel keine Ahnung von der Weise, wie die Kellner ausgebaut und angestellt werden; sie wissen auch nicht, wie sehr der Hunger den Arbeitslosen tut. Und daß die Arbeitslosen sich von solchen Herrschäften nicht noch als Lumpeninstellen lassen wollen, ist begreiflich.

Die bürgerliche Presse tut auch über die angeblich übertriebenen Forderungen der Kellner. Daß die Kellner aber für ihre Barberobe usw. infolge der bisherigen Kriegspolitik nicht nur übertrieben, sondern geradezu wahnstarrende Preise bezahlen müssen, davon schreibt die kapitalistische Presse nichts.

Die Streikenden hielten am Donnerstag abends im Birkens Bush eine außerordentlich stark beflockte Versammlung ab. Der Streik ist ohne Zustimmen der Gewerkschaften aufzustehen gekommen. Jetzt bemüht der Zentral-Denkter Gewerkschaftsgehilfen die Gelegenheit, ihn in die Hand zu nehmen. Schließlich wurde folgende Resolution angenommen:

"Die im Birkens Bush verankerten Angehörigen haben mit Entrüstung von dem Beschluss der Unternehmer-Organisation, alle Forderungen der Gewerkschaft abzulehnen, Kenntnis genommen. Sie verpflichten sich, den ausgesteuerten Kampf mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu führen. Auf das hässliche protestieren sie gegen die einseitig gefährdeten tendenziösen Berichte der bürgerlichen Presse. Sie verurteilen jeden Kämpfer, der Arbeitsniederlegung und protestieren gegen den Vorwurf, Gewalttätigkeiten begangen zu haben. Sie sprechen der Leitung des Verbands der Gewerkschaftsgehilfen ihr volles Vertrauen aus und beauftragen sie, alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, die den endgültigen Sieg verhüten."

Durch die Schließung der Betriebe durch die Gewerkschaft sind rund 7000 Angehörige arbeitslos geworden.

Am Freitag fanden Streikende in einer und weitere Verhandlungen mit einer Kommission der Gewerkschaft statt. Die Demonstranten statuten den Vollschaftsträger einen Besuch ab. Der Vollschaftsträger Wissell empfing eine Abordnung, der er erklärte, daß er den Forderungen der Streikenden prinzipiell zustimme. Im Antritt riet er sie an, das Reichsamt aufzusuchen. Also das alte Spiel: Worte, nichts als Worte.

Eine Gruppe der Streikenden begab sich auch, wie das "Achter-Abendblatt" berichtet, auf die Redaktion dieser Zeitung und verlangte sie zur Aufnahme einer Erklärung, daß die von ihr aufgestellte Behauptung, zwei Drittel der Angehörigen sei mit den festen Lönen nicht einverstanden, sondern wolle den Trinkgeldbetrag beibehalten, erlogen sei.

Gewerkschaftliches und Soziales.

Mindesstättler.

Der Rollzugsausschuss des Arbeiter- und Soldatenrats in Metz (Mehl) hat unter dem 28. Dezember 1918 eine Resolution über die Zahlung von Mindesstättler für alle Angehörigen in Privatbetrieben erlassen, die dem Kriegserwerb geopfert. Diese Angehörigen unterliegen, und für Sohlebinger Betriebe. Die Resolution läuft drei.

1. Alle Betriebe, welche am 1. Juli 1914 begonnen wurden, sind

wie folgt zu erhöhen: Gehälter bis zu 3000 M. um 50 Prozent; Gehälter von über 3000 bis zu 3600 M. um 40 Prozent, mindestens über 4500 M.; Gehälter von über 3600 bis zu 4300 M. um 30 Prozent, mindestens aber auf 5010 M.; Gehälter von über 4300 bis zu 5000 M. um 20 Prozent, mindestens aber auf 5590 M. Werden durch die Erhöhung die folgenden Mindestgehälter nicht erreicht, so sind die Gehälter auf die Mindestsätze zu erhöhen.

2. Es erhalten: a) männliche Angestellte, die eine Lehrzeit beendet haben, im 1. Jahr nach beendeter Lehrzeit mindestens 1800 Mark jährlich, im 2. Jahr mindestens 2100 M., im 3. Jahr mindestens 2700 M., dann 25. Lebensjahre ab Verheiratete 3000 M., Verheiratete 3600 M. jährlich. Weibliche Angestellte, die eine Lehrzeit beendet haben, im 1. Jahre nach beendeter Lehrzeit mindestens 1500 M. jährlich, im 2. Jahre mindestens 1800 M., im 3. Jahre mindestens 2100 M. jährlich. b) Weibliche Angestellte, die keine ordentliche Lehrzeit beendet haben, für das 1. Jahr ihrer Tätigkeit mindestens 1200 M. jährlich, für das 2. Jahr mindestens 1500 Mark jährlich; weibliche Angestellte, die keine ordentliche Lehrzeit beendet haben, für das 1. Jahr ihrer Tätigkeit mindestens 900 M. jährlich, für das 2. Jahr ihrer Tätigkeit mindestens 1200 M. jährlich. Vom Beginn des 3. Jahrs an treten die Sätze für die gelern-ten Geschilfen bzw. Geschilfinnen in Kraft.

3. Bei allen höheren Gehältern einschließlich Leistungszulagen dürfen Gehaltszurungen nicht stattfinden.

Die Bergarbeiterstreik im Ahrweiler und in Oberschleiden.

Dass "Berliner Tagblatt" meldet:

Effen, 3. Januar. Der Bergarbeiterstreik auf der Höhe der Gutschaffungshütte ist vollständig beendet. Dagegen ist ein neuer Streik auf den Schächten der Gewerkschaft Diergardt in Hochhonnef ausgetrochen. Ferner streiken die Bergleute auf der Höhe Bas-
durt der Bergwerksgesellschaft Trier. Außerdem streiken noch die Belegschaften sämtlicher Zeichen des Müsheimer Bergwerksvereins.

Dass W. L. G. berichtet über die Bewegungen im Oberschleiden folgende Nachrichten:

Kettwitz, 2. Januar. Der Bergarbeiterstreik auf dem Gott-
hardtschacht, den Gruben Hohenholz, Paulus, Oheim, May, Deutscheschleiden, Schleiden, Ludwigsglück, Heiligkreuz, Castellengo, Brandenburg, Graf Franz, Wieden, Concordia, Frieden, sowie den Schächten Hillebrandt, Menzel, Aschenborn, Gräfin Johanna ist am 31. Dezember erloschen. Gestreikt wird nur noch auf Cleophas und Dubenbüro, wo insgesamt etwa 2600 Arbeiter ausstänbig sind. Zu terroristischen Ausschreitungen ist es nicht mehr gekommen.

Bonzen, 2. Januar. Der Bergarbeiterstreik in den Oberschleiden Kohlenrevieren kam im ganzen als erloschen bezeichnet werden. Mit wenigen Ausnahmen ist die Gewerkschaft heute vollzählig eingeföhrt.

Die Arbeit der Bergarbeiter Beschäftigungsrate fruchtet offenbar immer noch nichts. Die Bergarbeiter lassen sich eben nicht mehr durch Reden und Geheimverhandlungen zur Ruhe bringen. Sie wollen Lohn sehen.

Aus Groß-Berlin.

"Uebervollmachten Wählerlisten".

Die "B. Z. am Mittag" schreibt: Die bis zum 6. Januar ansliegenden Listen für die Nationalversammlung sind außerordentlich unvollkommen. Es sind Fälle bekannt geworden, wo die Bewohner ungern Häuser mit nicht ausgemachten worden sind. Es besonders zahlreich sind die Fälle, wo Frauen, junge Leute vom 20. bis 24. Jahre, und Hausangestellte nicht eingetragen sind. Diese Vorwürfe wiederholen sich in allen Gemeinden Groß-Berlins.

Die zur Aufstellung der Listen verpflichteten Städte erklären, daß ihnen zur Herstellung nur geringe Zeit zur Verfügung stand und die Listen infolge der Veränderungen, die der Krieg mit sich gebracht hat, sehr schwer zusammenstellbar waren. Hinzu kommt noch, daß die Gemeinden auf Südpersönlichkeit angewiesen waren und die Listen nicht, wie in Friedenszeiten, jährlich verübt werden können.

Das wird so ruhig und harmlos ausgesprochen, als ob vom Standpunkt der Nationalversammlungsgruppe weiter gar nichts dabei wäre, daß den vornehmsten nur ein Teil der Wähler eingetragen wird.

Damit vergleiche man nun das gesetzende Gescheh des "Vorwärts" und der übrigen kapitalistischen Presse über die angeblichen Unregelmäßigkeiten bei den verlorenen Arbeiterraumwahlen. Es war eine bewußte, verlogene Magie.

Staubmord im Hotel Adlon.

Gestern vormittag wurde im Hotel Adlon ein furchterliches Verbrechen aufgedeckt. Der Gedächtnisräger Ostar Lang ist am Donnerstag von einem unbekannten Hotelkasten, der sich unter dem Namen Hans von Winterfeld dort einige Zimmer gemietet hatte, entdeckt und verdeckt worden. Dem Verdächtigen sind 8900 Mark und 41 Goldstücke mit wundersamen Geldbeutern in die Hände gefallen. Indesamt soll sich die gesuchte Summe auf etwas 70 000 Mark belaufen.

Auf die Ermittlung des Verdächtigen haben die Oberpostdirektion und die Kriminalpolizei je 5000 Mark ausgegeben.

Bezeugt ist, daß die Beilegung eines adeligen Namens genügt, um Verdächtigen überall ungehindert Zuflucht zu verschaffen. Es ist das in kürzer Zeit in Berlin der zweite Raubmord, der an einem Gedächtnisräger verübt wird. Die zahlreichen Verzweigungen und Eigentumsvergängen werden immer wieder quelle Schlegelichter auf die verschiedensten Staaten der bürgerlichen Gesellschaft. Der Erste und seine Begleitercheinungen, die stulplose Ausbeutung des jungen Volkes durch eine gewissenlose Profitmacherbande und die Verelendung breiter Volkschichten mußten unangeneher demoralisierend auf alle bürgerlichen Elemente wirken.

Achtung! Freie Jugend, Weissensee! Hierdurch werden sämtliche Jugend-Gesellschafter in den Bezirk Weissensee ausgeschlossen, umgehend an das Bureau des Jugend-Kratz an die Adresse Müll-Dör, im Restaurant Hansen, Weissensee, Sedanstr. 98, ihre Anschrift unter Name des betreffenden Betriebes einzutragen. Das Bureau ist Montag, Mittwoch und Freitag von 4—9 Uhr geöffnet. Am Mittwoch jeder Woche ist die Sitzung sämtlicher Vertragsleute.

Der Jugend-Rot Weissensee.

Fr. Willy Dörr.

Der Magistrat von Charlottenburg will mit: In der Zeit vom 6. Januar bis 18. Januar 1919 wird auf Abschnitt 25 der Groß-

Berliner Reichsmitteldepot für Jugendliche mit Aufdruck Spartenburg ausgegeben: 100 Gramm Weizenmehl zum Preise von 10 Pf. Die Entnahme kann in dem Kolonialwarengeschäft erfolgen, in das der Kontakt der Jugendlichen für Eries, Graupen u. d. eingetragen ist.

Veranstaltungs-Kalender.

4. Januar:

Spartaibewohner Tempelhof, Mariendorf. Unsere Zusammenkunft findet nicht am Sonnabend, sondern Montag den 6. Januar, abends 8 Uhr, bei Daniels, Chausseest. 27, statt. Kommt. Partei Deutschlands (Spartakusbund).

Wilmersdorf. Die Genossen und Freunde der Kommunistischen Partei treffen sich jeden Sonnabend abends 7 Uhr im Restaurant Schilling, Leuenburgerstraße 21, hinteres Zimmer.

Steglitz. Sonnabend, den 4. Januar, abends 8 Uhr, im Hotel von Grüger, Auguststraße 6, Ecke Berliner Str.: Versammlung aller Spartakusbundes und Vesper der "Roten Fahne".

5. Januar:

zu Ehren der Revolutionärsgräber veranstaltet die Antikapitalistische Partei, Gruppe Deutschland, morgen, Sonnabend, abends 4 Uhr, in Berlin, Blüthneraal eine Feier, bei der u. a. Gottfried Eysoldt revolutionäre Dichtungen vorlesen wird. Der Ertrag der Veranstaltung ist für die hinterbliebenen der am 23. 24. Dezember ermordeten Matrosen bestimmt. Näheres im Anzeigenteil!

"Freie Jugend Groß-Berlin". Sonntag, den 6. Januar, abends 15 Uhr, in der Aula des Sophien-Gymnasiums, Weinmeisterstr. 15: Generalversammlung. Mitgliedekarte 50 Pf. Beitragssquittung legitimiert.

Charlottenburg. Die Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund) hält am Sonntag, den 6. Januar, abends 2 Uhr, eine öffentliche Vollversammlung im Volksbau, Moabitstraße 3, ab. Losverordnung: Die Nationalversammlung und wir. Referent: Genosse Dr. Hermann Dünker.

Ronow. Sonntag, den 6. Januar, vormittags, im Kurfürstenu, Berliner Straße 102, öffentliche Volksversammlung. Tagordnung: 1. Die Revolution und die Nationalversammlung. 2. Freie Aussprache. Referent: Paul Liebknecht. Genossen, Brüder, erscheint in Ronow. Der Bezirkssammlung.

Behlendorf-Mitte (Wannseebahnhof). Mitglieder der U. S. P. sind aus dieser Partei entgangen und haben am 1. Januar die Gruppe Behlendorf der Kommunistischen Partei begründet. Nächste Mitgliederversammlung Sonntag, den 6. Januar, abends 5 Uhr, bei Leo, Neue Str. 25. Vesper der "Roten Fahne" willkommen.

Bezirk Oranienburg. Sonntag, den 6. Januar, abends 3 Uhr, im Hotel von Wm. Böhrer, Oranienburg, Bernauer Str. 14: Versammlung der Kommunistischen Partei (Spartakusbund): "Arbeiterkampf und Revolution". Referent: Otto Fricke.

6. Januar:

Arbeitslose. Montag, den 6. Dezember, vormittags 10 Uhr, Siesesallee, Kreptow (Spielwiese), Gundoldshain. Referent: Liebknecht, Dünker, Ledebour.

Pankow.

Sonntag, den 5. Januar, 10 Uhr vormittags, im Kurfürstenu, Berliner Straße 102

öffentl. Volksversammlung

Tagordnung:
1. Die Revolution und die Nationalversammlung.
2. Freie Aussprache.

Referent: Karl Liebknecht.

Genossen, Arbeiter, erscheint in Massen.

Der Bezirkssammlung.

Freie Vereinigung der Metallarbeiter Deutschlands (Syndikat)

Berlin Berlin: Büro: Alte Schönhauser Str. 24

Sonnabend, den 4. Januar 1919, abends 7 Uhr,

Mitglieder-Versammlung

bei Schrader, Alte Schönhauser Straße 24.
Gäste haben Zugrittt.

J. L. Der Vorstand.

N.B. Die Ausgabe unserer Zeitung "Der Syndikat" erfolgt jeden Freitag 5—7 Uhr abends in unserem Büro.

Heute, Sonnabend 7 Uhr.

Ortsverein Neukölln der U.S.P.D.

Große

öffentl. Volksversammlung

in folgenden Lokalen:

1. Hohenstaufen-Säle, Rottbuser Dom 79—81.
2. Vereinsbrauerei, Hermannstr. 21—31.
3. Böhlage-Kellerei, Bergstr. 151/152.
4. Stadsgarten, Karlsgartenstr.

Das Thema in allen Versammlungen lautet:

Die revolutionäre Arbeiterschaft und die Nationalversammlung.

Männer und Frauen erscheint in Massen.

Der Vorstand.

An die Zeitungs-Abonnenten der "Roten Fahne".

Wir bitten alle Freunde, die unsere Zeitung abonnieren wollen, sich an eine der nachstehenden Zeitungs-Speditionen zu wenden.

Der Abonnementpreis beträgt pro Monat M. 1,50.

Die Zeitung wird täglich morgens ins Haus geliefert.

Groß-Berliner Zeitungs-Spediteure:

Zentrum
Niemann, C. F. W. (Fuh.) Anders'sche
Geben, C. 19, Grünstr. 21

Steglitz
Nauck, Steglitz, Albrechtstr. 6 II.

Osten und Nordosten
Niedler, M., D. 112, Kleibigstr. 10

Lichterfelde-West
Albrecht, Georg, Dürerstr. 3, v. L.

Steglitz, M., D. 112, Landberger Str. 97

Reinickendorf-Ost und -West
Kramer, N. 20, Schwedenerstr. 18

Süden und Südosten
Süden, Willi, S. 33, Manteuffelstr. 28

Gesamtbau, Treptow

Wolff, W., Berlin S. 28, Pleiserstr. 6

Schulmühleweg

Wachmann, G., M. 113, Bornholmerstr. 86

Schehi, Baumwolle, Baumwulsenstr. 93

Lehmkuhl, Th., M. 54, Lohringer Str. 52

Weissensee

Witt, Otto, M. 65, Kameruner Str. 52

Geißler, Hugo, Gustav-Adolfstrasse 24 a

Witt, Otto, M. 65, Kameruner Str. 52

Witt, Otto, M